



Klaus Mindrup
Mitglied des Deutschen Bundestages

Klaus Mindrup, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Berlin, 06.12.2017

Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V.
Charlottenstraße 47

z.H. Thomas Meng

10117 Berlin

Klaus Mindrup, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Unter den Linden 50
Raum : 2.009
Telefon: +49 30 227- 75116
Fax: +49 30 227- 70117
Klaus.Mindrup@bundestag.de

Geschäftsmodelle zur Förderung von Entmietung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Meng,

die Mietensituation in vielen Ballungsräumen ist seit Jahren angespannt und wird immer dramatischer. Die Urbanisierung, der demografischer Wandel und die Zuwanderung setzen viele große Städte, ob München, Frankfurt am Main, Hamburg, Bonn oder Berlin unter Druck. Dort steigen die Mieten und Menschen mit niedrigen Einkommen fürchten zurecht um den Verlust ihrer Wohnung.

Die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum ist darum eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre. Seit langem beklage ich darum, dass in Ballungsräumen bezahlbarer Wohnraum durch bewusste Verdrängung von Mieterinnen und Mietern aus ihren seit langen bewohnten Wohnungen (Entmietung) verloren geht. Entmietungsstrategien werden vor allem durch Lücken in der Eigenbedarfsregelungen, aber insbesondere durch völlig unsachgemäße energetische Sanierungen und die damit verbunden Gesetzeslücken möglich.

Hierbei lassen es die bestehenden Regelungen zu, dass Baukosten in unrealistischer Höhe und fern jeder Wirtschaftlichkeit aufgerufen werden können. Durch die Umlage der Sanierungskosten auf die Miete ist eine Mietsteigerung in beinahe unbegrenzter Höhe möglich. Ziel dieser Entmietung ist meist Bestandsmieterinnen und -Mieter aus den Wohnungen zu drängen, um diese in Eigentumswohnungen umzuwandeln und dann mit Millionengewinnen zu veräußern. Falls die Aussicht auf Mietsteigerungen um 10,15 oder 20 Euro pro Quadratmeter nicht bereits genug Druck ausüben, kann das Leben in den Wohnungen durch Allerlei gezielte „Baumaßnahmen“ (z.B. Wasserrohrbrüche) unmöglich gemacht werden.

Diese Geschäftspraxis des „grauen Mietmarktes“ ist eine Schande für unsere Gesellschaft. Dabei gehen günstige Bestandsmieten verloren, normale Mieterinnen und Mieter mit



geringen und mittleren Einkommen werden verdrängt, die Preise für Wohnraum steigen. Diese Praxis erhöht die sozialen Fliehkräfte in unseren Städten.

Die Sparkassen sind Institutionen, die soziale Verantwortung in diesem Land tragen. Gerade weil sie nicht dem alleinigen Renditeinteresse unterworfen sind. Oder wie sie selbst schreiben „Überall in Deutschland engagieren sich die Sparkassen für eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung.“ Die Sparkassen sind in ihrer bestehenden Form eine soziale Errungenschaft unseres Landes. Bisher habe ich die Sparkassen auch im Bereich Mieten und Wohnen als seriöse Partnerinnen angesehen.

Leider musste ich unlängst durch Betroffene dieser Entmietungsstrategien und einen Artikel im SPIEGEL erfahren, dass eine ihrer Mitgliedsorganisationen, die Sparkasse Rottal-Inn, ebenfalls derart unsoziale Geschäftsmodelle betreibt. (Quelle: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/berlin-wie-immobilienspekulanten-mieter-vertreiben-a-1176312.html>) Dabei ist die Förderung von zielgerichteter Verdrängung von Mieterinnen und Mietern weder „sozial“ noch „zukunftsfähig“. Diese Folge dieser Praxis ist sozialer Sprengstoff für unsere Städte. Unternehmen und Institutionen mit einem sozialen Verantwortungsethos sollten sich darum daran nicht beteiligen.

Ich möchte Sie bitten, sich mit der Thematik "Entmietung" in ihrem Verband auseinanderzusetzen und einer Selbstverpflichtung einzugehen, sich nicht an derartigen Geschäften zu beteiligen.

Ich stehe Ihnen für Gespräche jederzeit zur Verfügung.

Ich werde diesen Brief zur Kenntnis auch an die Mieterinitiative gegen Entmietung bei ALW weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Mindrup